



REPUBLIK ÖSTERREICH
 DER BUNDESMINISTER FÜR
 ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
 DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

Pr.Zl. 5901/20-1-86

II-4796 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
 des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
 Tel. (0222) 73 75 07
 Fernschreib-Nr. 111800
 DVR: 0090204

2252 IAB

1986 -09- 08

zu 2326 IJ

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage
 der Abg. Dr. Leitner und Genossen
 vom 11. Juli 1986, Nr. 2326/J-NR/86,
 "Personalstand und Überstunden-
 leistung"

Ihre Fragen beehre ich mich, wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Zur Fragestellung nach dem Stand der Planstellen im Ressort ist auf den jährlich in der Anlage zum Bundesfinanzgesetz ausgewiesenen Stellenplan hinzuweisen.

Der tatsächliche Stand der Beschäftigten betrug:
1985 (Stichtag 1. Oktober 1985):

- im BMöWV (Zentralleitung, Bundesamt für Zivilluftfahrt, Bundesprüfanstalt für KFZ, Amt für Schifffahrt) 1.465 Bedienstete
- bei den ÖBB (inkl. jugendliche Bedienstete) 70.661 Bedienstete
- bei der PTV (inkl. jugendliche VB und Anlernkräfte) 57.356 Bedienstete

1986 (Stichtag 1. April 1986):

- im BMöWV (Zentralleitung, Bundesamt für Zivilluftfahrt, Bundesprüfanstalt für KFZ, Amt für Schifffahrt) 1.455 Bedienstete

- 2 -

- bei den ÖBB (inkl. jugendliche Bedienstete) 70.222 Bedienstete
- bei der PTV (inkl. jugendliche VB und Anlernkräfte) 56.981 Bedienstete

Die gegenüber dem Stellenplan höhere Anzahl an tatsächlich beschäftigten Bediensteten bei der PTV ergibt sich durch die zusätzliche Aufnahme von Vertragsbediensteten (vorwiegend Urlaubersatzkräfte), die jeweils durch Ministerratsbeschlüsse gem. Punkt 2 Abs. 1 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes genehmigt wurden.

Die gegenüber dem Stellenplan höhere Anzahl an tatsächlich beschäftigten Bediensteten im BMöWV ergibt sich durch einen erhöhten "Ist-Stand" in der Zentraleitung (auf die Beantwortung zur Frage 2 darf verwiesen werden).

In diesem Zusammenhang möchte ich insbesondere auf die positive Entwicklung im Bereich der ÖBB hinweisen, wo durch gezielte Rationalisierungsmaßnahmen eine deutliche Unterschreitung des bewilligten Personalstandes erreicht werden konnte.

Zu Frage 2:

Zur Fragestellung nach dem Stand der Planstellen in der Zentraleitung verweise ich wieder auf den jährlich in der Anlage zum Bundesfinanzgesetz ausgewiesenen Stellenplan.

Der tatsächliche Stand der Beschäftigten in der Zentraleitung betrug:

1985 (Stichtag 1. Oktober 1985): 397 Bedienstete,

1986 (Stichtag 1. April 1986): 394 Bedienstete.

Der erhöhte "Ist-Stand" der Zentraleitung zu den angeführten Stichtagen im Verhältnis zu den vorhandenen Planstellen gründet sich auf die Möglichkeit, gem. Punkt 2 Abs. 5 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, Planstellen karenzierter Bediensteter für die Dauer der Karenzierung mit Vertragsbediensteten zu besetzen, wovon Gebrauch gemacht wurde.

- 3 -

Zu Frage 3:

Im gesamten Ressortbereich wurden im Jahr 1985 13,758.798 vergütete Überstunden geleistet.

Im ersten Quartal 1986 (die Zahlen für das erste Halbjahr 1986 liegen erst Mitte Oktober auf) wurden im gesamten Ressortbereich 3,208.641 vergütete Überstunden geleistet.

Zu Frage 4:

Zu diesem Fragepunkt darf ich auf die zusammenfassende Antwort des Herrn Bundeskanzlers zur Anfrage 2313/J verweisen.

Zu Frage 5:

Schon allein durch die Aufgabenstellung der beiden Dienstleistungsbetriebe Bahn und Post ist zur Aufrechterhaltung der Qualität des Kundenservice und bedingt durch die Verkehrssteigerungen im Jahre 1985 die Leistung von Überstunden notwendig. Es wurden aber im gesamten Ressortbereich Anstrengungen unternommen, um die Zahl der Überstunden möglichst zu senken.

So werden im Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung unter anderem im Rahmen eines Betriebsversuches seit 1. Jänner 1984 400 Bedienstete und seit 1. April 1985 weitere 100 Bedienstete gezielt zum Abbau von Überstunden eingesetzt. Auch die österreichischen Bundesbahnen haben Maßnahmen getroffen, um die Zahl der Überstunden möglichst abzusenken. So soll eine Verbesserung bei der Zugaufteilung und bei den Umlauf- und Dienstplänen einen wirtschaftlicheren Personaleinsatz gewährleisten.

In diesem Zusammenhang darf zu den Überstunden in der Zentralleitung angemerkt werden, daß sich die Eingliederung der Sektion V/Wirtschaftssektion in den Ressortbereich und die Übersiedlung in das neue BAG Radetzkystraße in der Zahl der geleisteten und vergüteten Überstunden bemerkbar macht.

Wien, am 29. August 1986

Der Bundesminister

